



Entwicklung: Nachhaltig für wen?

Überlegungen als Beitrag zu einem besseren
Verständnis gegenwärtiger
Herausforderungen

Francesca Restifo und Cécile Trochu Grasso



missionszentrale
der franziskaner e.V.

Entwicklung: Nachhaltig für wen?

**Überlegungen als Beitrag zu einem besseren
Verständnis gegenwärtiger Herausforderungen**

Francesca Restifo und Cécile Trochu Grasso



missionszentrale
der franziskaner e.V.

Impressum Heft 115, Juli 2016

Herausgeber: Missionszentrale der Franziskaner e.V.
V. i. S. d. P.: P. Claudius Groß, OFM

Ersterscheinung und Originaltitel: Franciscans International
“Development: Sustainable for whom?” Genf, 2013

Redaktion und Anschrift:



Albertus-Magnus-Str. 39
53177 Bonn

Postfach 20 09 53
53139 Bonn

Telefon: 0228 / 95354 – 0
Telefax: 0228 / 95354 – 40
post@missionszentrale.de
<http://www.mzf.org>

Abbildungsnachweis: Umschlag:
Girls walking, Sa-Pa, Vietnam by Mickaël Repellin

Übersetzung aus dem Englischen: Karina Böckmann

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE83 3705 0198 0025 0014 47

Inhaltsverzeichnis	Seite
Editorial	4
Vorwort	5
I. Einführung	6
II. Extreme Armut	10
III. Grüne Wirtschaft	14
IV. Klimawandel	17
V. Zugang zu Wasser	21
VI. Nahrungsmittel & nachhaltige Landwirtschaft	25
VII. Rohstoffgewinnung	29
VIII. Schlussfolgerungen	33

Editorial

Mit der vorliegenden Broschüre machen wir dem deutschsprachigen Leser einen Text zugänglich, der bereits im Jahr 2013 von „Franciscans International“ in Genf in englischer Sprache veröffentlicht wurde. Seit der Erstveröffentlichung haben einige Ereignisse von großer Relevanz für das hier behandelte Thema stattgefunden.

Zunächst wurde am 18. Juni 2015 die Enzyklika „Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ von Papst Franziskus in acht Sprachen veröffentlicht. Diese befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Themenbereich Umwelt- und Klimaschutz und setzt zudem Zeichen im Hinblick auf bestehende soziale Ungerechtigkeiten und auf die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen. Das Anliegen einer Entwicklung, die im Einklang mit den natürlichen Ressourcen vor sich geht, wurde damit auch „offiziell“ zum Programm der gesamten Kirche.

Sodann wurden Ende September 2015 die Millenniumsentwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals, MDG) durch die 17 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Ent-

wicklung in New York von den 193 aktuellen Mitgliedsstaaten der UNO einstimmig verabschiedeten weltweiten „nachhaltigen Entwicklungsziele“ (engl. Sustainable Development Goals, SDG) ergänzt. Inhaltlich bleiben die MDGs, auf die die Broschüre immer wieder verweist, aber weiterhin ausgesprochen aktuell.

Und schließlich hat von 30. November bis 12. Dezember 2015 in Paris die UN-Klimakonferenz stattgefunden, bei welcher sich die Staatengemeinschaft auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2° Celsius (möglichst 1,5° Celsius) verpflichtet hat. Auch wenn die Ergebnisse der Konferenz zum Teil unterschiedlich bewertet werden, so bleibt die Konferenz ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer Welt, die im besten Wortsinn „nachhaltig“ ist.

Auf dem Hintergrund dieser drei Ereignisse wünschen wir dem Leser viele interessante Einblicke beim Lesen der Broschüre.

P. Claudius Groß OFM

Vorwort

Damit globale Entwicklungsstrategien greifen können, müssen sie die besonderen Bedürfnisse und Interessen der marginalisierten und verletzlichen Bevölkerungsgruppen in den Industrie-, Entwicklungs- und ärmsten Ländern der Welt und insbesondere derjenigen Menschen berücksichtigen, die in Armut leben. Im Allgemeinen wird nachhaltige Entwicklung mit Verantwortlichkeit und Fairness in Verbindung gebracht. Doch tatsächlich haben wir es mit einem Begriff zu tun, der jede Menge Diskussionsstoff bietet und viel komplexer ist, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Betrachten wir Entwicklungsstrategien jedoch aus einem holistischen Blickwinkel, ergeben sich folgende Fragen: Welche konkreten Realitäten verbergen sich hinter dem Begriff der sogenannten Entwicklung? Wem nutzen Entwicklungsprojekte überhaupt? Und was kosten sie wirklich?

Ohne sich in Fachbegrifflichkeiten zu verlieren, wird diese Broschüre Ihnen helfen zu verstehen, was mit nachhaltiger Entwicklung gemeint ist. Es wird Sie mit dem Rüstzeug ausstatten, das Sie brauchen, um den laufenden Debatten (auch im Kontext der Rio+20-Konferenz und deren Nachfolgetreffen) folgen zu können, die zu wichtigen Entscheidungen auf globaler Ebene führen und möglicherweise das Leben lokaler Gemeinschaften verändern könnten.

Die derzeitigen Politiken zu verstehen, die sich auf die Gesellschaften in Entwicklungs- und Industrieländern auswirken und sich für sie zu interessieren, sind Grundvoraussetzungen, um als mündige Bürger Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen zu können. Genießen Sie die Lektüre, denken Sie mit und werden Sie aktiv!

I. Einführung

Was meint Entwicklung und wie weit darf sie gehen?

1.1 Ungerechtigkeit als Herausforderung

Entwicklung lässt sich als ein Prozess verstehen, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen in Gang bringen kann, die wiederum Menschen befähigen, im Leben voranzukommen und ihr Potenzial auszuschöpfen. Es handelt sich um einen facettenreichen Begriff, der unterschiedliche Deutungen zulässt, die die jeweiligen Zusammenhänge, Faktoren und Prioritäten spiegeln. Da der Begriff eine Vielzahl von Interpretationsmöglichkeiten zulässt – angefangen von 'Wirtschaftswachstum' über 'kulturelle und geistige Entwicklung' bis hin zu 'sozialer Gerechtigkeit' und 'Armutsbekämpfung', kann er Verwirrung stiften und Widersprüchlichkeiten verursachen.

Wenn wir Entwicklung als einen Prozess verstehen, der Menschen befähigt, im Leben voranzukommen und ihre Chancen erhöht, das eigene Potenzial (auch im Kampf gegen die Armut) auszuschöpfen, sollten wir uns fragen: Warum sitzen so viele Menschen auf der Welt in der Armutsfalle fest und sind nicht in der Lage, ihre Lebenssituation zu verbessern? Oder anders ausgedrückt: Wir müssen uns mit der Rolle von Entwicklung und Wirtschaftsförderung in Armutsbekämpfungsstrategien und mit deren Auswirkungen auf soziale Veränderungen beschäftigen. Die Förderung von Gleichheit bei der Ressourcenverteilung, von Inklusion und Partizipation in Entscheidungsprozessen sowie die Wahrung der Menschenrechte sollten im Vordergrund von Entwicklungsstrategien stehen.

Außerdem bedeutet Entwicklung nicht die Interaktion zwischen einzelnen Personen. Sie schließt die Interaktion zwischen Menschen und Natur ein, da sie die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe zum Wohl der Menschen beinhaltet. Entwicklung lässt sich nicht verstehen, wenn nicht ihre Folgen für die Umwelt in Betracht gezogen werden. Beide Dimensionen sind miteinander verbunden: Entwicklung darf nicht auf Kosten der Umwelt gehen.

Geschichte der nachhaltigen Entwicklung

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, wie es heute verstanden wird, stammt aus den 1970er Jahren. Damals wurde es hauptsächlich von den Industriestaaten entwickelt, bei denen sich allmählich Unbehagen über die ökologischen Auswirkungen der weltweiten Entwicklung regte. Während der UN-Konferenz 1972 in Stockholm wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung aus dem Wunsch heraus geboren, einen Ausgleich zwischen den Entwicklungserfordernissen der Länder der südlichen Hemisphäre einerseits und den Schutzforderungen der Industriestaaten im Norden andererseits zu finden.

1987 brachte die UN den Brundtland-Bericht heraus, der mit der Definition der nachhaltigen Entwicklung aufwartete, wie diese heute weitgehend verstanden wird: "Entwicklung, die den Bedürfnissen der

heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen". Der Bericht betonte zwei für das Konzept entscheidende Elemente: die "Bedürfnisse, insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt" und die "Beschränkungen, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen".

Paradigmenwechsel

Die Komplexität, die dem Konzept der Entwicklung innewohnt, zeigt sich zwangsläufig in dem stärker ausgefeilten Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung hat drei Dimensionen: eine wirtschaftliche, soziale und ökologische¹. Die soziale oder menschliche Dimension bedeutet, dass es in allen Staaten, unabhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand, sozial gerecht zugehen sollte. Die ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung impliziert ökologische Tragfähigkeit und Respekt gegenüber der Natur. Um sicherzustellen, dass die drei Dimensionen zu ihrem Recht kommen, sollten wir Wirtschaftswachstum nicht länger als hauptsächliche Voraussetzung für Entwicklung betrachten. Vielmehr sollten wir uns von der irrigen Annahme verabschieden, dass sich Entwicklung ausschließlich am Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) festmachen lässt.

Besonderen Anlass zu Sorge geben Strategien und Projekte, die im Namen der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden, tatsächlich aber zu Menschenrechtsverletzungen, sowie einer Zunahme der Un-

gleichheit und Armut führen. Statt der wirtschaftlichen Entwicklung sollten wir den menschlichen Determinanten von Entwicklung höchste Bedeutung beimessen. Wir sollten Faktoren, die sich auf Frieden, gute Regierungsführung, die Menschenrechte, auf Gleichheit, Schutz und Unterstützung der Verletzlichsten und Marginalisiertesten beziehen, umfassend in Entwicklungsstrategien integrieren und den Opfern von Entwicklungsprojekten den Zugang zu Rechtsmitteln ermöglichen.

Wir sollten uns nicht länger auf eine strikt wirtschaftliche Entwicklung fokussieren, sondern uns auf eine nachhaltige Entwicklung sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer verständigen, die der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Perspektive gerecht wird. Eine solche gemeinsame Vision sollte die Menschenrechte jedes Einzelnen hochhalten.

Was verbirgt sich hinter 'Die Zukunft, die wir wollen'

Die Ergebnisse der Rio+20-Konferenz verstehen

20 Jahre nach dem Erdgipfel im brasilianischen Rio de Janeiro 1992 haben die UN erneut Regierungen, internationale Institutionen, den Privatsektor, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Lokalbehörden und Vertreter bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Frauen, Arbeitnehmer und Bauern zusammengebracht. Den Organisatoren zufolge zielte die Rio+20-Konferenz über nachhaltige Entwicklung darauf ab, "die Wege im Sinne einer sicheren, gleicheren, sauberen, grüneren und wohlhabenderen Welt für alle zu ebnen"² und "die politische Verpflichtung zu nachhaltiger Entwicklung zu bekräftigen"³. Die beiden Schwerpunkte der Konferenz waren 1. eine grüne Wirt-

schaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung und 2. ein institutioneller Rahmen für nachhaltige Entwicklung. Nach mehrmonatigen Verhandlungen kam es vom 20. bis 22. Juni zur Konferenz in Rio. Die Konferenz und der Gipfel der Völker für soziale und ökologische Gerechtigkeit ermöglichten es vielen Akteuren mit unterschiedlichen Hintergründen, sich auf verschiedenen Ebenen zu begegnen und ihre Erfahrungen auszutauschen. Mit 50.000 Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien war Rio+20 die größte UN-Konferenz aller Zeiten.

Das Mammuttreffen führte zur Annahme eines Abschlussdokuments – eines unverbindlichen politischen Abkommens –, das den Titel 'Die Zukunft, die wir wollen' trug. In den Augen der Zivilgesellschaft ist der Text viel zu vage gehalten, lässt konkrete Verpflichtungen missen und ist nichts weiter als eine Absichtserklärung. Dennoch lassen sich mindestens zwei wichtige Bereiche nennen, die Rio+20 auf die globale Nachhaltigkeitsagenda befördert hat. Zum einen hat die Konferenz den Prozess zur Annahme neuer Nachhaltigkeitsziele eingeleitet, die (als Nachfolgeziele der 2015 auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele) in die 'Post-2015-Agenda' einfließen werden.⁴ Auch wenn die Konferenz keine konkreten Ziele erarbeitet hat, wurde festgehalten, dass diese handlungsorientiert, prägnant und leicht vermittelbar, zahlenmäßig begrenzt, richtungsweisend, globaler Natur und universell anwendbar sein müssen.⁵ Zum anderen räumt das Abschlussdokument in Reaktion auf die Kritik von Experten und Zivilgesellschaft ein, dass das Bruttoinlandsprodukt keine adäquaten Aussagen über die Entwicklung eines Landes treffen kann und dass neue Indikatoren erforderlich

sind. Zudem enthält es die Aufforderung an die UN-Statistikkommission, eine entsprechende Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen.⁶

Die Enttäuschung weiter Teile der Zivilgesellschaft erklärt sich aus der Tatsache, dass das Abschlussdokument nicht nur in Fragen der derzeitigen Konsum- und Produktionsmuster versagt, sondern zudem einer Wirtschaft das Wort redet, die auf der Konmodifizierung der natürlichen Ressourcen und ökologischen Leistungen basiert. Nach Meinung vieler spiegelt das Dokument vor allem die Interessen des Wirtschaftssektors und der Industriestaaten wider, ohne wirklich die Bedürfnisse der Marginalisiertesten und Verletzlichsten zu berücksichtigen.

Entwickeln, nicht entwickeln oder ... wie entwickeln? Fragen, die nachdenklich stimmen sollen

Die Nachhaltigkeitsziele sollen auf alle Länder gleichermaßen übertragbar sein: ökologisch nachhaltig unabhängig vom Grad des Umweltengagements der einzelnen Länder; sozial gerecht selbst in Staaten mit einem schwach ausgeprägten Rechtssystem. Wir sollten das globale System so verändern, dass es einen wahren transformativen Wandel mit sich bringt und Alternativen zu den derzeitigen Produktions- und Konsummustern anstößt. Industriestaaten müssen die Nachhaltigkeit der eigenen Wirtschaftsaktivitäten überprüfen. Sie müssen Änderungsvorschläge unterbreiten und beste Praktiken ausfindig machen, die eine Neuausrichtung des Geschäftsgebarens von Unternehmen im In- und Ausland im Sinne eines menschlicheren, ethischeren und integrativeren Paradigmas bewirken.

Um im Folgenden Fragen der menschlichen Entwicklung besser erklären zu können, bedienen wir uns eines Ansatzes, der auf der

Menschenrechts- und Umweltperspektive basiert. 'Franciscans International' (FI) will den Anliegen der verletzlichen lokalen Bevölkerungsgruppen im Sinne eines radikalen Wandels der derzeitigen Produktions- und Konsummustern eine Stimme verleihen. Wie schon im Zusammenhang mit dem Rio+20-Gipfel der Völker geschildert, geht

es darum, alternative Modelle zu identifizieren und zu fördern: solche, die "auf unterschiedlichen menschlichen Realitäten und Erfahrungen aufbauen, die wirklich demokratisch sind, die die Menschen- und Kollektivrechte respektieren und mit der Natur sowie mit sozialer und ökologischer Gerechtigkeit harmonieren".⁷

1 Hinzufügen ließe sich hier noch die vierte Dimension 'gute Regierungsführung und Sicherheit' ('Sustainable Development Solutions Network, A Framework for Sustainable Development': <http://unsdsn.org/files/2012/12/121220-Draft-Framework-of-Sustainable-Development.pdf>).

2 Rio+20-Website: www.uncsd2012.org/about.html

3 'Die Zukunft, die wir wollen': Das auf der Rio+20-Konferenz angenommene Schlussdokument, Absatz 104, verfügbar unter: <http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html>

4 Ebenda, Absatz 245-251

5 Ebenda, Absatz 247

6 Ebenda, Absatz 38

7 Mitteilung der Internationalen Koordinationsgruppe des Volksgipfels für soziale und ökologische Gerechtigkeit mit dem Titel 'For Unity and Mobilization of Peoples, For Life and Commons, Social and Environmental Justice Against Commodification of Nature and 'Green Economy'', Rio de Janeiro, Mai 2012, verfügbar unter: <http://cupuladospovos.org.br/en/2012/05/what-is-at-stake-at-rio20/>

II. Armutsbekämpfung

Nachhaltige Entwicklung – Echte Chance oder ‘business as usual’

"Armut ist Versklavung" (afrikanisches Sprichwort). Extreme Armut wird in den Leitprinzipien über extreme Armut und Menschenrechte der Vereinten Nationen als "Zusammenspiel von Einkommensarmut, Mangel an menschlicher Entwicklung und sozialer Ausgrenzung" beschrieben. Menschen, die in absoluter Armut leben, erfahren regelmäßig die Verweigerung ihrer Würde und ihrer Menschenrechte. Tatsächlich ist Armut nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein vielschichtiges Problem, das sich auf die grundlegenden Fähigkeiten, in Würde zu leben, auswirkt. Sie ist Ursache und Wirkung von miteinander in Beziehung stehenden Menschenrechtsverstößen. Aus diesem Grund sollte sie aus einer ganzheitlichen Perspektive angegangen werden, die die tiefliegenden Ursachen berücksichtigt. Zudem müssen wir, um die Armut wirksam zu bekämpfen, der menschlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung Beachtung schenken, um vielfältige Lösungsansätze zu finden, die in erster Linie auf den Menschenrechten basieren.

Bestandsaufnahme

Dank der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) hat sich die internationale Gemeinschaft entschlossener im Kampf gegen die Armut als Schlüssel zu Entwicklung gezeigt. Schätzungen zufolge konnte das MDG zur Bekämpfung der extremen Armut durch einen Rückgang des Anteils der Bevölkerung, die mit 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen muss, von 47 Prozent im Jahr 1990 auf unter die Hälfte im Jahr 2010 er-

reicht werden. Nun müssen wir uns fragen: Sind die 1,25 US-Dollar pro Tag ein geeigneter Indikator, um den Rückgang der Armut zu messen? Die vielschichtige Natur der Armut legt nahe, dass wir uns nicht allein auf Zahlen verlassen sollten. Wir sollten die Aussagekraft von Schwellenwerten und Ziffern entmystifizieren und häufiger in das menschliche Antlitz der Armut blicken. Viele Akteure stimmen darin überein, dass eine Schwäche der MDGs darin besteht, dass die Probleme der Ungleichheit und Marginalisierung übersehen wurden.

Absolute Armut kann verhindert werden, und die Mittel dazu befinden sich in unserer Reichweite. Heute wissen wir, dass absolute Armut, zumindest zu einem Teil, durch die Handlungen und Versäumnisse von Staaten und anderer Wirtschaftsakteure geschaffen, verschlimmert und ermöglicht wird. Wir sind uns ebenso bewusst, dass Wirtschaftswachstum allein die Armut nicht ausrotten kann und dass es der Bereitschaft der Staaten bedarf, für die entsprechenden Gesetze und politischen Maßnahmen zu sorgen, die den Menschenrechten verpflichtet sind. Auf diese Weise könnten arme Menschen zu Einflussnahme und Partizipation befähigt werden.

Warum lebt ein überproportional großer Teil der Weltbevölkerung trotz der MDGs, trotz der Menschenrechtszusagen der Regierungen, der Beteiligung des Wirtschaftssektors an Entwicklungsprojekten und einer Vielzahl von Armutsbekämpfungsmaßnahmen nach wie vor in extrem armseligen Verhältnissen? Etwas muss falsch gelaufen sein.

Wir sollten den vielen Dimensionen der Armut Beachtung schenken, um bessere Armutsbekämpfungsstrategien zu entwickeln, die sich dem Problem mit einem ganzheitlichen Ansatz annähern.

Die Menschenrechtsperspektive: Inklusion, Befähigung und Partizipation für einen wirklichen Wandel

Armut ist nicht allein ein Problem von mangelndem Einkommen, sondern beinhaltet Dimensionen wie Exklusion, Marginalisierung und Ungleichheit beim Zugang zu Dienstleistungen und Chancen. Menschenrechtsgesetze und –standards können als konkrete Handlungsanleitungen fungieren. Sie können – ausgehend von den von Staaten in zahlreichen internationalen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen – zeigen, wie Entwicklungsstrategien aussehen könnten. Ein auf den Menschenrechten gründender Ansatz gibt den Rahmen für eine langfristige Lösung der extremen Armut vor. Dieser Ansatz erkennt Menschen, die in absoluter Armut leben, als Inhaber von Rechten und als Akteure ihres eigenen Wandels an. Staaten wiederum kommt die Aufgabe zu, die ihnen obliegenden Pflichten zu erfüllen und für ihre Handlungsweisen und ihre Misserfolge einzustehen. Nach den internationalen Menschenrechtsbestimmungen, die von den Staaten unterzeichnet wurden, sind alle Staaten rechtlich verpflichtet, die grundlegenden Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Menschenrechte für alle einschließlich der Ausrottung der absoluten Armut zu schaffen. Staaten sollten gewährleisten, dass Armutsbekämpfungsstrategien auf den Menschenrechten und auf den Prinzipien der Menschenwürde, der Nicht-Diskriminierung, der Partizipation und der Inklusion aufbauen. Sie sollten Menschen dazu befähigen, Akteure des Wandels, den

sie erreichen wollen, zu werden. Die Machtlosigkeit, die eigene Situation zu verbessern, ist ein Hauptcharakteristikum der Armut, die die "Unfähigkeit zur Teilnahme oder zur Beeinflussung von Entscheidungen, die unser Leben betreffen, umfasst. In Übereinstimmung mit den eingegangenen Menschenrechtsverpflichtungen sollte Partizipation existierende Machtverhältnisse in Frage stellen und einen freien, informierten und wichtigen Beitrag zu einer wirklichen Einflussnahme auf Entscheidungen leisten."⁸

Maßnahmen, die auf Beteiligung, Inklusion und Befähigung gründen, und Projekte, die so gestaltet und umgesetzt werden, dass sie die Armen zu Akteuren des eigenen Wandels machen, können etwas Positives bewirken. Sie können die Armut verringern und Chancen erschließen.

Der Wirtschaftssektor durch die menschliche Brille betrachtet

Was mögliche Beitragsleistungen zur nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung angeht, ist es wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der potenzielle wirtschaftliche Nutzen von Entwicklungsprojekten nicht automatisch in einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinwesen niederschlägt. Im Gegenteil sind es die Gemeinwesen, die die negativen Folgen dieser Projekte in Form von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstößen unmittelbar zu spüren bekommen.

Unzulängliche Entwicklungsstrategien haben sich häufig als kontraproduktiv im Kampf gegen die Armut herausgestellt und im Gegenteil zu mehr Entbehrung, Marginalisierung und Ausgrenzung geführt. Daran sind viele Faktoren schuld, vor allem das Fehlen von Partizipation, Inklusion und wirklicher Integration aller Akteure im Rah-

men von Entwicklungsstrategien. Das führt zwingend zu Ungleichheit, Ausgrenzung und Ausschluss.

Die Forschung zeigt, dass Staaten, die Gesetze und Maßnahmen im Sinne von partizipatorischen Verfahren und Strategien zur Stärkung der Armen eingeführt haben, von einer Mitwirkung sämtlicher Gesellschaftsschichten profitieren.

Auch nichtstaatliche Akteure wie Unternehmen haben, was die Rechte der Armen angeht, gewisse Verpflichtungen. Betriebe und transnationale Konzerne müssen die möglichen menschlichen und ökologischen Auswirkungen ihrer Operationen klar benennen. In dieser Hinsicht ist es Sache der Staaten, den Rahmen vorzugeben, der sicherstellt, dass die Wirtschaft die Menschenrechte der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, die Rechte der indigenen Völker, der lokalen Gemeinschaften, Frauen und Menschen mit Behinderungen inbegriffen, respektiert. Staaten müssen zudem dafür sorgen, dass Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, dafür haftbar gemacht werden können. Sie müssen den Opfern Zugang zu Rechtsmitteln ermöglichen, damit diese Entschädigungsansprüche geltend machen können.

Die internationale Gemeinschaft sollte das Wirtschaftswachstum im Licht eines Modells überdenken, das alle Dimensionen der Armut einschließlich der menschlichen und ökologischen berücksichtigt, um Ungleichheit als eine Hauptkomponente der Armut zu erkennen. Das bedeutet auch, dass wir die Schlüsselemente der Ungleichheit identifizieren müssen. Es geht dabei nicht nur um Einkommen, sondern um Partizipation, Entscheidungsfindung und Einflussnahme sowie die Inanspruchnahme von sozialen Schutzleistungen, Bildung und Gesundheit.

Im Rahmen ihrer Armutsbekämpfungsstrategien sollten Staaten die Hürden beseitigen, die Menschen daran hindern, ihre Rechte wahrzunehmen. Es ist ihr gutes Recht, Entwicklungsprojekte abzulehnen beziehungsweise eine Beteiligung an allen Projektphasen – vom Entwurf bis zur Umsetzung – einzufordern. Zudem sollten Staaten Aktivist:innen schützen, die sich Projekten und Maßnahmen, die sich negativ auf die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung auswirken, widersetzen.

Staaten sind dazu verpflichtet, das Recht auf Partizipation zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Es handelt sich um eine positive Verpflichtung, die die Staaten in ihren nationalen Strategien verankern müssen. Partizipationsprozesse sollten vor allem die verletzlichsten Gruppen inklusive Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und indigene Völker berücksichtigen. Partizipation ist insbesondere deshalb ein kostbares Gut, weil sie den ärmsten und ausgegrenzten Menschen eine Stimme verleiht und sie befähigt, ihre Chancen zu nutzen. Dies setzt letzten Endes einen entsprechenden politischen Willen, gute Regierungsführung und Einsatzbereitschaft voraus.

Die [ehemalige] UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte und extreme Armut hat mit Blick auf die laufenden Verhandlungen über die Post-2015-Nachhaltigkeitsagenda erklärt: "Die bevorstehenden Gespräche müssen über die übliche Menschenrechtsrhetorik hinausgehen und Menschenrechte und Rechenschaftspflicht in einem bedeutsameren Ausmaß in die Vorstellungen und Inhalte der Post-2015-Agenda einbeziehen. Es gilt sicherzustellen, dass die Staaten die Inanspruchnahme von Mindestrechten gewährleisten und ein

Höchstmaß an verfügbaren Ressourcen aufbringen, damit die Rechte wahrgenommen werden können. [...] Die endgültige Post-2015-Agenda sollte detaillierte Angaben zu Haftbarkeitsverfahren beinhalten. Hinsichtlich der Rechenschaftspflicht von Unternehmen muss sie stärker auf die Pflicht der Staaten pochen, Unternehmensaktivitäten zu regulieren und möglichen negativen Folgen für die Menschenrechte, insbesondere durch die Rohstoffindustrie, entgegenwirken."

Verweise und weiterer Lesestoff

Leitprinzipien zu extremer Armut und den Menschenrechten, die die [ehemalige] UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte und extreme Armut, Magdalena Sepúlveda Carmona, vorgelegt hat;

'Die Post-2015-Entwicklungsagenda: Armen Menschen durch Ziele zur Bekämpfung der Ungleichheit, durch sozialen Schutz und durch den Zugang zu Rechtsmitteln Priorität verleihen. Eingabe der [ehemaligen] UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte und extreme Armut;

Mitteilung der [ehemaligen] UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte und extreme Armut anlässlich der 23. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats;

Bericht der [ehemaligen] UN-Sonderberichterstatterin zum Thema Armut und Partizipation;

Bericht des [ehemaligen] UN-Sonderberichtstatters für die Rechte indigener Völker, James Anaya: 'Extractive industries and indigenous peoples': Diese Berichte finden sich auf der Webseite www.ohchr.org.

Kurzdarstellung des TST (Technical Support Team) zum Thema Armutsbekämpfung:

<http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1728tstissuespoverty.pdf>

Ein vom Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 4. Mai angenommene Mitteilung, Absatz 8: [http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/E.C.12.2001.10.En](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/E.C.12.2001.10.En)

8 Mitteilung der ehemaligen Sonderberichterstatterin (Anne-Marie Lizin-Vanderspeeten) über Menschenrechte und extreme Armut auf der 23. Sitzung des Menschenrechtsrats: <http://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=13407&LangID=E>

III. Grüne Wirtschaft – Grünfäberei?

"Grüne Wirtschaft im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung" war eines der beiden Themen der Rio+20-Konferenz.⁹ Auf dem Papier erscheint die Grüne Wirtschaft als Vorreiter "für ein Mehr an menschlichem Wohlergehen und sozialer Gleichheit bei gleichzeitiger Verringerung der Umweltrisiken und ökologischen Verknappung"¹⁰. Doch warum findet sie nicht die bedingungslose Unterstützung? Und wer erntet eigentlich die Früchte, die die Grüne Wirtschaft verspricht?

Eine Frage der Definition

Die Grüne Wirtschaft ist ein Konzept, das die beiden Bereiche Wirtschaft und Umwelt miteinander verknüpft. Doch sind sich die Akteure, was Bedeutung oder Definition der Grünen Wirtschaft angeht, uneins. Der Begriff ist mehrdeutig. Seine Bedeutung ergibt sich aus dem Verständnis und den Aktivitäten der jeweiligen Akteure. Die Definitionslücke macht internationale Verhandlungen in der Sache schwierig und erklärt auch die Unzufriedenheit vieler Akteure auch der Zivilgesellschaft, die lokale Gemeinschaften vertreten.

Die Schauseite der Grünen Wirtschaft

Das Konzept der Grünen Wirtschaft, wie von der UN (unter Führung des UN-Umweltprogramms UNEP und unterstützt von den Regierungen der weltgrößten Volkswirtschaften und den Multis) beworben, gibt vor, auf die jüngsten und anhaltenden globalen Krisen im Energie, Ernährungs- und Finanzbereich zu reagieren und die Warnungen von

Wissenschaftlern, dass die Kapazitäten unseres Planeten begrenzt sind, ernst zu nehmen. Erstes und vorrangiges Ziel sei es, zu einem "nachhaltigen Wirtschaftswachstum"¹¹ beizutragen. Gemäß den Befürwortern ermöglicht die Grüne Wirtschaft ein rationaleres Ressourcenmanagement, niedrigere CO₂-Emissionen und eine Verringerung der Abfallproduktion¹². Sie wird ferner als Lösung für eine Revitalisierung des Wirtschaftswachstums und Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme angepriesen.

Der Begriff der Grünen Wirtschaft tauchte erstmals in einem Bericht mit dem Titel 'Blueprint for a Green Economy' ('Fahrplan für eine Grüne Wirtschaft') auf, den eine Gruppe von Umweltökonomern im Auftrag Großbritanniens erstellt hatte. Erst seit 2007 wird der Begriff Grüne Wirtschaft in einen Zusammenhang mit Strategien zur Bewältigung der vielen globalen Krisen gestellt. In einem solchen Kontext hat das UN-Umweltprogramm (UNEP) die Initiative für Grüne Wirtschaft gestartet, die darauf abzielt, Investitionen in sogenannte grüne Sektoren und zur 'Begrünung' umweltfeindlicher Sektoren strategisch zu fördern.

Die Kehrseite der Grünen Wirtschaft

Anstatt die natürlichen Ressourcen und die umweltbelastenden Sektoren 'rational' zu verwalten, geht es der Grünen Wirtschaft

um eine Kommodifizierung und Privatisierung der Natur. Wenn die Grüne Wirtschaft auf die Umwelt Bezug nimmt, dann meist mit dem pragmatischen Hintergedanken, sie auszubeuten und sich an den Komponenten (Wasser, Wälder, Böden, Untergrund etc.) zu bereichern. Die gesamte Natur wird auf einen handelbaren Vermögenswert reduziert. Einzigartige Ökosysteme, Arten usw. verlieren ihren Wert an sich, um in handelbare Rohstoffe umgemünzt zu werden.

Besonders besorgniserregend ist, dass sich die ungleichen Machtverhältnisse (etwa zwischen den reichsten und ärmsten Ländern, zwischen multinationalen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften etc.) in einem hohen Maße in den derzeitigen 'grünen' Wirtschaftsstrategien widerspiegeln. Das heißt, dass die kapitalorientierte Grüne Wirtschaft in einem völligen Widerspruch zu der lebensorientierten Sichtweise vieler Gemeinschaften inklusive der indigenen Völker steht. Hinzu kommt, dass Gruppen mit Niedrigeinkommen viel stärker von Umwelttrisiken und –schäden sowie von wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit einschließlich der Machtkonzentration bei der Aneignung natürlicher Ressourcen betroffen sind.

Es reicht nicht aus, die Wirtschaft zu 'begrünen'. Die Grüne Wirtschaft in ihrer derzeitigen Form wird nicht dazu führen, dass die Machtkonzentration und soziale Ungleichheit ein Ende finden. Deshalb sollte nicht nur das kapitalistisch gesteuerte Produktions- und Konsumsystem hinterfragt werden. Vielmehr verlangt die Lösung der vielen Krisen, dass das derzeitige Wirtschaftsmodell einem fundamentalen Strukturwandel unterzogen wird. Es muss ein neues, auf Solidarität gründendes Paradigma gefunden werden.

Während UN, Regierungen, Unternehmen und Massenmedien bemerkenswerte Anstrengungen unternehmen, um für die Grüne Wirtschaft als Lösung aller Krisen zu werben, ergeben sich aus der Logik der Grünen Wirtschaft eine Vielzahl sozialer und ökologischer Unsinnigkeiten:

- Ein an einem Ort zerstörter Urwald wird anderswo wieder aufgeforstet.
- Es werden mehr Biotreibstoffe für Autos – vor allem für Pkws in den Industriestaaten – zu Lasten lokaler Bauern produziert, die ihre Gemeinden nicht länger ernähren können.
- Baumplantagen werden in Monokulturen angelegt.
- Kleinbauern können ihr eigenes Saatgut nicht mehr herstellen und müssen jedes Jahr neues bei den Agrochemieunternehmen einkaufen.
- Es wird mit CO₂-Emissionszertifikaten gehandelt.
- Wälder werden als CO₂-Senken anstatt als Kornkammern betrachtet.

Ebenso bedienen sich viele Unternehmen des Konzepts der Grünen Wirtschaft, um Aktivitäten auszugleichen, die der Natur und der lokalen Bevölkerung schaden, denen sie eigentlich zugutekommen sollten.

Alternativen finden

Wir sollten unsere Bemühungen bündeln und uns für einen Paradigmenwechsel einsetzen, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt. In diesem Zusammenhang greift das Prinzip der Umweltgerechtigkeit, da es die Konzepte von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit miteinander verknüpft und die Würde der Menschen und der Umwelt gleichermaßen fördert.

Parallel dazu sollten Staaten wirtschaftliche Solidaritätsinitiativen wie die Fair-Trade-Bewegung, die Grameen-Mikrokreditvergabebanken und die organische Landwirtschaft fördern. Staaten wiederum kommt die Verantwortung zu, die Rechte künftiger Generationen zu gewährleisten und die Regierungsführung zu verbessern. Wir sind alle Teil des Kampfes für Umweltgerechtigkeit, die für die Beseitigung der Armut und für das Wohl der Menschheit und der Natur so wichtig ist.

Als eine Art Kompromiss werden Maßnahmen beworben, die den Armen und Ausgegrenzten größere gesellschaftliche Möglichkeiten verschaffen sollen. So tritt die brasilianische Regierung für eine 'inklusive' Grüne Wirtschaft ein. Doch 'Versuche', die Armen 'einzubeziehen', werden ohne strukturelle Veränderungen [...] der Wirtschafts- und Finanzsysteme nicht die erwünschten Ergebnisse bringen. Eine solche Grüne Wirtschaft kann bestenfalls mit Entschädigungsangeboten aufwarten.

Quelle: Rodrigo de Castro Amédée Péret, 'Green Economy: What is the value of nature?'

Verweise und weiterer Lesestoff:

Rodrigo de Castro Amédée Péret, 'Green Economy: What is the value of nature?' <http://ecolfran.files.wordpress.com/2012/03/ecology-program-en-b-green-economy1.doc>

Edgardo Lander, 'The Green Economy: the Wolf in Sheep's Clothing' <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/green-economy.pdf>

'The Future we want' (insbesondere die Absätze 56 bis 74 zur Grünen Wirtschaft); <http://www.uncsd2012.org/content/documents/727The%20Future%20We%20Want%2019%20June%201230pm.pdf>

www.cupuladospovos.org.br

⁹ 'Die Zukunft, die wir wollen' präzisiert den UN-Ansatz der Grünen Wirtschaft in den Absätzen 56 bis 74.

¹⁰ UNEP, 'Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication', 2011, p. 16; verfügbar unter: http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf

¹¹ 'Die Zukunft, die wir wollen', Absatz 56.

¹² 'Die Zukunft, die wir wollen', Absatz 60.

¹³ Siehe Leitsatz 7 der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (1992): <http://www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm>. Siehe auch Artikel 3 (1) der Klimarahmenkonvention http://unfccc.int/files/essential_background/background_publications_htmlpdf/application/pdf/conveng.pdf

IV. Klimawandel: Eine globale Verwarnung

"Klimawandel bezeichnet das Phänomen fortgesetzter Klimaveränderungen infolge direkter oder indirekter Aktivitäten durch den Menschen und vor allem jener, die auf wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung abzielen." Diese Definition zeigt die duale Beziehung zwischen Entwicklung und

Definitionen des Begriffs 'Klimawandel'

Laut dem Weltklimarat (IPCC) ist der Klimawandel "eine Zustandsänderung des Klimas, die über Änderungen von Mittelwerten und/oder der Variabilität seiner Eigenschaften identifiziert werden kann (z. B. mittels statistischer Verfahren), und die über einen längeren Zeitraum bestehen bleibt, typischerweise über Jahrzehnte oder länger. Der Ausdruck bezieht sich auf jegliche Klimaänderung im Verlauf der Zeit, sei es aufgrund natürlicher Schwankungen oder als Folge menschlicher Aktivitäten."

Die Definition des Klimasekretariats (UNFCCC) weicht bei der Identifizierung der Ursache des Klimawandels ab, indem sie das Phänomen als "Änderung des Klimas, die direkt oder indirekt Folge menschlicher Aktivität ist, welche die Zusammensetzung der Erdatmosphäre verändert und die zusätzlich zur natürlichen Klimavariabilität abläuft".

Quelle: IPCC-Website

Klimawandel auf: mangelhafte Entwicklungsmaßnahmen sind ursächlich für die Treibhausgasemissionen verantwortlich, sie sind die Ursache des Klimawandels, der sich wiederum negativ auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung auswirken wird.

Um den beiden Komponenten dieser dualen Beziehung gerecht zu werden, müssen wir unsere bisherige Einstellung zum Wirtschaftswachstum überdenken und einem Ansatz den Vorzug geben, der dem Konzept einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist, die Natur und Mensch respektiert.

Ein kurzer Überblick über die Herausforderungen durch den Klimawandel

In den letzten Jahrzehnten haben Wissenschaftler stichhaltige Beweise dafür geliefert, dass sich das Klima der Erde erwärmt und dass dies weitgehend auf menschliche Aktivitäten (beispielsweise durch Industrieabgase) zurückzuführen ist. Erwartet wird, dass die Veränderungen mit großen Zerstörungen einhergehen. Einige dieser Auswirkungen sind bereits spürbar. Abgesehen von den ökologischen Folgen wie globale Wetterereignisse, Anstieg der Meeresspiegel, Häufung von Dürren und Überschwemmungen und Wasserverknappung steht das Leben von Millionen Menschen auf dem Spiel. Entwicklungsländer werden wahrscheinlich am schlimmsten betroffen sein. Der Klimawandel wirkt sich negativ auf die sozialen und wirtschaftlichen Fundamente der Länder aus: Zunehmende Dürren und

Auswirkungen des Klimawandels	Einige Beispiele betroffener Rechte
Extreme Wetterereignisse	Recht auf Leben
Erhöhte Ernährungsunsicherheit und die Gefahr von Hunger	Recht auf adäquate Nahrungsmittel und Recht auf ein Leben ohne Hunger
Zunehmender Wasserstress	Recht auf sicheres Trinkwasser
Druck auf die Gesundheitslage	Recht auf höchsten Gesundheitsstandard
Anstieg der Meere und Überschwemmungen	Recht auf angemessenes Wohnen

Überschwemmungen haben Folgen für die Ernährungssicherheit, begünstigen die Verbreitung von Seuchen und den Zusammenbruch des menschlichen Siedlungswesens und führen letztlich dazu, dass das familiäre und soziale Gewebe zerreißt.

Hinzukommt, dass der Klimawandel Folgen für die Inanspruchnahme der Menschenrechte für alle haben wird – vom Menschenrecht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und Wohnen bis zum Menschenrecht auf Leben. Durch den Klimawandel verursachte Bedrohungslagen haben oder werden schlimme Folgen für die verletzlichen Völker haben – im Besonderen für Indigene, die Bewohner kleiner Inseln und andere Bevölkerungsgruppen mit starker Bindung zur Natur. Diejenigen, die in Armut leben, darunter Frauen und Kinder, werden ebenfalls besonders hart betroffen sein. Diese Opfer werden eine neue Kategorie von Umweltflüchtlingen bilden.

Nach derzeit geltenden internationalen Menschenrechtsrichtlinien besteht die Herausforderung rechtlich gesehen darin, die physikalischen Auswirkungen des Klimawandels als Menschenrechtsverletzung aufzufassen. Die Schwierigkeit besteht nicht darin, den entsprechenden wissenschaftlichen Beweis zu erbringen, sondern die durch den Klimawandel bedingten Schä-

den auf ein bestimmtes Verhalten von Staaten zurückzuführen.

Der Klimawandel in der derzeitigen Diskussion der internationalen Gemeinschaft

Die Debatte über den Klimawandel auf der Rio+20-Konferenz hat sich wie erwartet auf das wissenschaftliche, ökologische und wirtschaftliche 'business as usual' fokussiert. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensbedingungen von Völkern wurden im Abschlussdokument 'Die Zukunft, die wir wollen' kaum erwähnt. Dabei wäre es wichtig, den menschlichen und sozialen Dimensionen des Klimawandels, insbesondere den Menschenrechten, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das wäre besonders wichtig, gerade weil die Auswirkungen des Klimawandels unfair verteilt sind: Die Ärmsten sind meist diejenigen, die am härtesten getroffen werden. Darüber hinaus scheint der Klimawandel nur wenig Raum in der derzeitigen Post-2015-Nachhaltigkeitsagenda einzunehmen, in deren Rahmen die Nachhaltigkeitsziele definiert werden. Dabei könnten Klimastrategien von einer Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele profitieren.

Bedauerlich ist, dass sich die klimabezogenen Mechanismen und Konventionen kaum mit Menschenrechtsfragen befassen. Die laufenden Post-2015-Verhandlungen könnten diesen Trend umkehren. In diesem Zusammenhang sollten existierende Menschenrechtsstandards vermittelt und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel gestärkt werden.

Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung?

Das Prinzip der 'Gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung' ('Common but Differentiated Responsibility' - CBDR) ist erstmals in der Abschlusserklärung der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 und in der im gleichen Jahr verabschiedeten UN-Klimarahmenkonvention enthalten.¹³ Im CBDR-Prinzip manifestiert sich das internationale Rechtsprinzip der Gleichheit. Gemäß der CBDR kommt allen Staaten die gemeinsame Verantwortung zu, die Umwelt auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu schützen. Zugleich erkennt sie die Umstände an, unter denen Staaten zum Problem oder zu den Lösungen beitragen. Tatsächlich werden nicht nur historische Unterschiede in den Beiträgen der Industrie- und Entwicklungsstaaten zum Klimawandel anerkannt, sondern auch die jeweiligen wirtschaftlichen und technischen Fähigkeiten, die Probleme anzugehen und zu Lösungen beizutragen. So sollen die Industriestaaten auf die Umsetzung ehrgeizigerer CO²-Reduktionsziele verpflichtet werden. Folglich sind die Pflichten entspre-

chend der Verantwortlichkeit und der Kapazitäten gleich verteilt.

Mit Blick auf die Auswirkung des Klimawandels auf die Menschenrechte sprechen die UN von "einer ungleichen Last der Klimaauswirkungen"¹⁴, da diejenigen, deren Rechte stärker vom Klimawandel bedroht sind, am wenigsten dazu beigetragen haben. Das gilt insbesondere für Kinder, Frauen und indigene Völker.

Klimawandel und Treibhausgasemissionen

Der Klimawandel wird weitgehend mit dem Ausstoß von Treibhausgasen in Verbindung gebracht. Folglich geht es bei den 'Post-Kyoto-Verhandlungen' um Mechanismen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen. Doch könnten einige dieser Mechanismen die Rechte der verletzlichen Gruppen negativ beeinflussen. So erhöht der Wettbewerb um Land zwischen den Nahrungsmittel- und den Biotreibstoffproduzenten den Druck auf die Nahrungsmittelpreise und den Zugang zu Nahrungsmitteln, was sich wiederum negativ auf viele Gemeinschaften in Entwicklungsländern und auf die Verfügbarkeit von Land auswirkt – zu Lasten der indigenen Völker. Ohne die Berücksichtigung der negativen Auswirkungen der Reaktionsmaßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Art und Weise, wie sie die Rechte und Lebensgrundlagen der verletzlichen Bevölkerungsgruppen beeinträchtigen, könnten diese Maßnahmen die Wahrnehmung von Menschenrechten gefährden.

Verweise und weiterer Lesestoff

Bericht des UN-Menschenrechtshochkommissariats zu der Wechselwirkung zwischen Klimawandel und Menschenrechte, Zusammenfassung, UN Doc. A/HRC/10/61, 15 Januar 2009; verfügbar unter: http://ap.ohchr.org/documents/alldocs.aspx?doc_id=14880

Website und Veröffentlichungen des 'Centre for International Sustainable Development Law', siehe insbesondere 'A CISDL Legal Brief: The Principle of Common but Differentiated Responsibilities: Origins and Scope', verfügbar unter: <http://www.cisd.org>

Weltklimarat (IPCC), 2007: 'Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change' [Core Writing Team, Pachauri, R.K and Reisinger, A. (ed.)]. IPCC, Genf, Schweiz, 104 ff. Verfügbar unter: <http://www.ipcc.ch/>

14 Bericht des UN-Menschenrechtshochkommissariats zu der Wechselwirkung zwischen Klimawandel und Menschenrechte, Zusammenfassung, UN Doc A/HRC/10/61, 15. Januar 2009, Absatz 11.

V. Zugang zu Wasser: Der bittere Geschmack von Wasser

Am 28. Juli 2010 nahm die UN-Vollversammlung eine historische Resolution an, die das Menschenrecht auf sicheres und sauberes Wasser und auf eine sanitäre Grundversorgung anerkannte. Vor allem geht es dabei um die Frage des Ressourcenmanagements: Die größte Herausforderung besteht darin, die Regierungen dazu zu bringen, ihrer Verpflichtung, das Recht aller Menschen auf Wasser und Sanitärversorgung zu schützen, zu garantieren und zu fördern, nachzukommen. Wasser sollte als Gemeingut, nicht als Rohstoff betrachtet werden. Die UN haben die Regierungen aufgefordert, sicherzustellen, dass jeder Person pro Tag mindestens 20 Liter sauberes Wasser zur Verfügung steht. Doch Zahlen belegen, dass jährlich weltweit zwei Millionen Kinder an den Folgen von Krankheiten sterben, die durch den Kontakt mit unsauberem oder dem Fehlen von sauberem Wasser verursacht werden. 800 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und 2,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einer sanitären Grundversorgung.

Nachhaltige Lösungen, die den Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung in den armen ländlichen und städtischen Gemeinden sicherstellen, könnten darüber hinaus dazu beitragen, die Armut zu bekämpfen und der Hoffnung auf ein besseres Leben Auftrieb zu geben. Der Mangel an sicherem Wasser beeinträchtigt die täglichen Lebensgrundla-

gen, was sich wiederum negativ auf die Haushaltseinkommen auswirkt.

Der Mangel an sicherem Wasser und sanitärer Grundversorgung verursacht Krankheiten, hindert Kinder am Schulbesuch und Eltern daran, zur Arbeit zu gehen. Umgekehrt ist der Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen ein erster Schritt in Richtung sicherer Lebensgrundlagen, Bildung und besserer Gesundheit. Hinzukommt, dass der erleichterte Zugang zu Wasser Zeit freisetzt, die bislang für das Wasserholen draufgegangen ist und die jetzt in produktivere Arbeiten investiert werden kann. Familien erschließen sich dadurch neue Chancen und Verdienstmöglichkeiten. Ebenso schlägt sich der Zugang zu Wasser in besseren Ernten und höheren ländlichen Einkommen nieder.

Missmanagement und Fehleinschätzung: Wasser sollte als Gemeingut, nicht als Rohstoff betrachtet werden

Eine Fehleinschätzung im Zusammenhang mit Wasser und Wasserversorgung besteht darin, Wasser als Rohstoff und die Wasserversorgung als Infrastrukturproblem zu betrachten. Wir sollten diese Fehleinschätzung als solche entlarven und anerkennen, dass der fehlende Zugang zu Wasser vor allem die Folge von Missmanagement oder, um es allgemeiner zu fassen, schlechter Regierungsführung ist. Oder anders ausgedrückt, handelt es sich um einen Mangel an Trans-

parenz und an Partizipation der Gemeinden an Entscheidungen sowie an einer fehlenden Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger. Selbstredend haben eine höhere Nachfrage und ein zunehmender Mangel den Wert von Wasser erhöht, was wiederum Versuche mit sich brachte, die Versorgung zu privatisieren. In vielen Fällen verursacht solche Privatisierung steigende Wasserpreise und mindere Wasserqualität.

Wasser muss, gerade weil es lebenswichtig ist und Menschen nicht darauf verzichten können, als öffentliches Gut betrachtet werden¹⁵. Deshalb sollte der öffentliche Sektor der Hauptlieferant von Wasser sein.

Sicheres Wasser für eine sicherere Entwicklung

Im Rio+20-Schlussdokument 'Die Zukunft, die wir wollen' heißt es, dass "Wasser das wichtigste Element jeder nachhaltigen Entwicklung" und ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen ist. Wasser ist das Lebenselixier des Planeten und für die sozioökonomische Entwicklung von entscheidender Bedeutung.

Die größten Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit Wasser, Sanitäreinrichtungen und Hygiene in der Post-2015-Agenda ergeben, haben mit Ungleichheit zu tun. UN-Mitgliedstaaten haben die besondere Bedeutung dieses Punktes anerkannt und sich dazu verpflichtet, angesichts seiner Bedeutung für die weiter gefassten Ziele wie Armutsbekämpfung, die Stärkung der Rolle der Frau und den Schutz der menschlichen Gesundheit, progressiv für einen Zugang zu sicherem Trinkwasser und grundlegender Sanitärversorgung für alle Menschen zu sorgen.

Wasser- und Sanitärversorgung – Eine Orientierungshilfe von Franciscans International

Angesichts der zunehmenden Verschmutzung und des damit einhergehenden Reinigungsbedarfs ist der Zugang zu sicherem Trinkwasser nur selten kostenfrei. Ob indirekt mit Steuergeldern oder direkt mit den Gebühren der Bezieher an den Wasserstellen finanziert – die Instandhaltung der Infrastruktur hat einen Preis. In einigen städtischen Gebieten sehen sich Slumbewohner in Zonen ohne Anschluss an die städtische Wasserversorgung gezwungen, das Wasser eimerweise bei privaten Wasseranbietern zu kaufen. Dieses 'privatisierte' Wasser ist bis zu zehn Mal teurer als das städtische Leitungswasser. Dass sie so viel für Wasser ausgeben müssen, hindert arme Haushalte daran, Medikamente zu kaufen, den Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen oder wichtige Dinge des Lebens zu kaufen. Um es mit anderen Worten zu sagen: Ein adäquater Zugang zu finanziell erschwinglichem Wasser trägt zur Armutsbekämpfung bei.

Die Herausforderung für uns besteht nun darin, für die Umsetzung der Verpflichtungen zu sorgen. Indem Staaten Strategien und Programme zur Förderung des universellen Zugangs zu Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene entwerfen, kommen sie ihrer Verpflichtung nach, für eine progressive Umsetzung dieses Rechts zu sorgen. Damit dies gelingt, müssen sie sich mit dem Problem der Ungleichheit auseinandersetzen: Indem sie Strukturen aufbauen, die eine Identifizierung der vielen Ausdrucksformen von Diskriminierung beim Zugang zu Wasser möglich machen, gehen sie die Wurzeln des Problems an.

Diskriminierung und Ungleichheiten beim Zugang zu Wasser sind mannigfaltig und auf viele Bereiche übertragbar. Ungleichheiten gibt es sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten, in Slums und in regulären Vierteln. Es gibt sie zwischen Männern und Frauen und zwischen benachteiligten Menschen und dem Rest der Bevölkerung.

Zudem hängt die uneingeschränkte Wahrnehmung des Rechts auf Wasser von anderen oftmals wasserintensiven Bereichen der wirtschaftlichen Entwicklung wie der agroindustriellen Landwirtschaft und dem Bergbau ab. Zahlreiche Projekte, die im Namen von Entwicklung und Wirtschaftswachstum durchgeführt werden, verschärfen jedoch den Wassermangel und die Ungleichheit beim Wasserzugang. Damit die von den Regierungen gemachten Zusagen zumindest teilweise eingehalten werden, sollten sie hinsichtlich des Wassermanagements auf allen Ebenen spürbare Verbesserungen bei der Kontrolle und der Rechenschaftspflicht herbeiführen.

Insbesondere sollten Regierungen

- das Zugangsrecht auf Wasser respektieren, indem sie sicherstellen, dass keine Regierungsaktivitäten den Zugang zu Wasser gefährden. Das gilt insbesondere in Zeiten bewaffneter Konflikte;
- den Zugang ihrer Bürger zu einer Wasser- und Sanitärversorgung schützen, indem sie Missbrauch und Übernutzung durch andere Akteure (wie Agroindustrie und Bergbauunternehmen) verhindern;
- das Recht auf Wasser gewährleisten, indem sie zur Verbesserung des Zugangs zu Wasser und Sanitärversorgung für alle bei-

tragen und die Wahrnehmung des Rechtes, an Entscheidungen mitzuwirken, die das Recht auf Wasser lokaler Gemeinschaften betreffen, gewährleisten;

- sicherstellen, dass die finanziellen Mittel effektiv und transparent eingesetzt werden und wirksame Rechtsmittel gegen Missmanagement vorhanden sind.

Durch eine erneute Bekräftigung bereits eingegangener Verpflichtungen etwa im Johannesburger Aktionsplan, in der Millenniumserklärung und durch die Anerkennung des Menschenrechts auf sicheres Trinkwasser und Sanitärversorgung haben sich die Mitgliedstaaten auf der Rio+20-Konferenz ferner dazu verpflichtet,

- die Umsetzung eines integrierten Wasserressourcenmanagement auf möglichst allen Ebenen signifikant voranzutreiben;
- die Ökosysteme zu schützen und nachhaltig zu verwalten, da sie eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der Wasserqualität und -quantität spielen;
- wasserbedingte Katastrophen wie Überschwemmungen und Dürren sowie Wasserknappheit anzugehen;
- auf signifikante Weise die Wasserverschmutzung zu verringern sowie die Wasserqualität und die Wiederaufbereitung von Schmutzwasser zu verbessern;
- die Wassereffizienz zu verbessern und die Wasserverluste zu verringern.

Verweise und weiterer Lesestoff

Kurzdarstellung des TST 'Water and sanitation'. Verfügbar unter: <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1801tstissueswater.pdf>

Franciscans International and WaterLex: 'The Right to Water and Sanitation: a Practical Guide', verfügbar unter:

http://www.franciscansinternational.org/fileadmin/docs/Water_manual/FI_WL_The_Right_to_Water_and_Sanitation_-_a_practical_guide.pdf

Website des Sonderberichterstatters über das Menschenrecht auf sicheres Trinkwasser und Sanitärversorgung:

<http://www.ohchr.org/EN/Issues/WaterAndSanitation/SRWater/Pages/SRWaterIndex.aspx>

'Sustainable development solutions network, An Action Agenda for Sustainable Development', verfügbar unter: <http://unsdsn.org/files/2013/06/130613>

15 Bannock, Graham, RE Baxter and Evan Davis, 1987, 'The Penguin Dictionary of Economics', Penguin Books, New York.

VI. Nahrungsmittel & nachhaltige Landwirtschaft: Hunger und Empörung

Da Ernährungssicherheit mit der Verfügbarkeit von und dem Zugang zu Nahrung zu tun hat, ist sie für das menschliche Überleben und die Entwicklung von größter Bedeutung. Ebenso ist sie ein wichtiger Aspekt der nachhaltigen Entwicklung. In diesem Zusammenhang sollten wir Mittel und Wege finden, die Ernährung zu sichern, ohne der Umwelt oder den Produzenten, insbesondere den Kleinbauern, zu schaden und ohne auf wichtige Nährstoffe verzichten zu müssen. Wie würde eine nachhaltige Lösung des Hungers aussehen? Welche Rolle sollte dem Agrarsektor zukommen?

Aufgebrachte Kleinbauern und hungrige Landlose

Es ist paradox, dass "die Hungernden dieser Welt nach wie vor in ländlichen Gebieten leben, wo das Gros der Nahrungsmittel produziert wird. Hunger betrifft Bauern mehr als andere Bevölkerungsgruppen."¹⁶ Neben den Kleinbauern gibt es noch Landlose und Landarbeiter, die unter prekären Bedingungen für ein mageres Einkommen schuften müssen. Es gilt für höhere Einkommen ländlicher Haushalte und fairere ländliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen.

Bauern haben das Problem, immer stärker von Firmenchemieprodukten abzuhängen.

Mit der Globalisierung und der Marktintegration wächst der Druck auf die Farmer, ihr Saatgut von kommerziellen Herstellern zu kaufen, anstatt das eigene Saatgut aus vorangegangenen Ernten zu verwenden. Neben der Abhängigkeit bedeutet dieser Teufelskreis ein Mehr an bäuerlichen Produktionskosten und den Verlust von Arten.

Die Landwirtschaft steht zudem unter einem Bevölkerungswachstumsdruck. Die globale Nachfrage nach Lebensmitteln inklusive ressourcenintensiver Nahrung (wie tierisches Eiweiß) sowie nach nicht zu Ernährungszwecken produzierten Agrarprodukten (wie Biotreibstoffe) nimmt zu und macht einen größeren Teil der Nachfrage aus. Im Verlauf der letzten Dekade hat die Treibstoffproduktion massiv zugelegt. Das wirkt sich unmittelbar negativ auf die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln aus, insbesondere für die lokale Bevölkerung, da durch die Agrotreibstoffproduktion Land und Nahrungsmittelpflanzen zweckentfremdet werden. Autos, die weniger Abgase ausstoßen, werden als umweltfreundlich betrachtet. Doch was ist mit den 'Kollateralschäden'?

Kleinbauern vor allem in Entwicklungsländern sehen sich ferner der Gefahr des Land-

grabbing ausgesetzt. Dabei handelt es sich um einen Prozess, bei dem "mächtige ausländische private und öffentliche Investoren mit Staaten Abkommen abschließen, die ihnen den Besitz oder die Kontrolle über große Landstriche verschaffen"¹⁷ Dieses Phänomen sorgt dafür, dass Bauern ein angemessener und sicherer Zugang zu Land vorenthalten wird. Dadurch verschärfen sich die ungleichen Landbesitzverhältnisse, und die Ernährungssouveränität in den Gastländern leidet.

Das Menschenrecht auf Nahrung: Internationale Rechtsbestimmungen und Verpflichtungen

Der Zugang zu sicheren, ausreichend vorhandenen und nährstoffreichen Nahrungsmitteln für alle ist ein Menschenrecht und kein 'Geschenk der Mildtätigkeit'. Die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948 hat das Recht auf Nahrung als Teil eines adäquaten Lebensstandards (Artikel 25) anerkannt. Weiter heißt es in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturellen Rechte von 1966, dass Staaten, die dieses Abkommen ratifiziert haben, zur Einhaltung des "fundamentalen Rechts eines jeden, frei von Hunger zu leben" verpflichtet sind, indem sie entsprechende Maßnahmen, sei es im Rahmen individueller Hilfe oder der internationalen Zusammenarbeit, ergreifen. Somit sind die Staaten aufgerufen, ihren Bürgern inklusive den gesellschaftlich Schwächsten, den Zugang zu Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Ebenso bedeutet dies, dass Staaten bei Verstößen gegen das Recht auf Nahrung zur Verantwortung gezogen werden können.

Ernährungssicherheit + Artenvielfalt = Agroökologie

Armut und Zugang zu qualitativ hochwertiger Nahrung haben vieles gemeinsam. Strategien für Ernährungssicherheit sollten nicht nur die physikalische Verfügbarkeit von Nahrung sicherstellen, sondern insbesondere kleinen Kindern gesunde Nahrungsmittel verfügbar machen. In den letzten 50 Jahren ist die globale Nahrungsmittelproduktion parallel zum Bevölkerungswachstum rasant gestiegen. Mit Hohertragsorten und dem Einsatz moderner landwirtschaftlicher Techniken wurde auf den stetig wachsenden Nahrungsmittelkonsum reagiert. Dieser Trend ging mit der Entwicklung und dem Anbau ertragreicher Getreidesorten, dem Ausbau der Bewässerungsinfrastrukturen, modernen Vertriebstechniken, Hybridsaatgut, genetisch modifizierten Organismen (GMO), Kunstdünger und Pestiziden einher. Allerdings tragen solche Methoden zur Umweltzerstörung und zum Artenschwund bei. Beispielsweise hat die Hybridisierung zum Niedergang einer Reihe indigener Sorten geführt (in diesem Zusammenhang ist häufig von genetischer Kontaminierung oder Erosion die Rede). Gleichzeitig haben chemische Pestizide und intensiver Anbau die Böden ausgelaugt, die Gewässer verschmutzt und den Druck auf wildlebende Tiere erhöht.

Von der Nahrungsmittelknappheit zur Ernährungssicherheit

Es besteht sowohl Bedarf an einer universellen Agenda als auch an länder- und kontextspezifischen Strategien. Ansätze, die die Menschen in den Mittelpunkt stellen, sind von hoher Bedeutung und sollten mit Menschenrechtsprinzipien, Partizipation und Befähigung, nationaler Ownership und Rechenschaftspflicht unterfüttert werden.

Nicht alle Vorschläge zur Ausrottung des Hungers sind nachhaltig. Damit nachhaltige Lösungen ökologisch machbar und sozial gerecht sind, müssen die 500 Millionen Kleinbauern und die Organisationen, die ihre Interessen vertreten, einbezogen werden.

Jede spezifische Hilfe für Bauern sollte sich auf die kleinen Farmer und landlosen Feldarbeiter konzentrieren. Ebenso sind eine Intensivierung der ökologischen Landwirtschaft und ein Agroökologiemodell, das sich die neuesten technologischen Fortschritte zunutze macht zwingend erforderlich. Ebenso gilt es, lokale und indigene Erkenntnisse, Fähigkeiten und Praktiken wie die klimaresiliente Landwirtschaft, Bodensanierung und Ertragssteigerung und Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen, Artenvielfalt und Ökosysteme (inklusive einer Ächtung genmanipulierter Organismen) anzuerkennen.

Gleichzeitig muss den Bauern beim Kapazitätenaufbau und beim Zugang zu Land und zu Finanzierungshilfen (wie zinsgünstige Kredite) geholfen werden, um ihnen den Übergang zu nachhaltigen Verfahrensweisen zu erleichtern.

Staaten sollten ferner das Konzept der 'Ernährungssouveränität' voranbringen. Überall dort, wo Ernährungssouveränität existiert, sind Kleinbauern berechtigt, über ihre eigenen Nahrungsmittel-, Agrar-, Viehzucht- und Fischereisysteme zu bestimmen. Andernfalls sind sie den Kräften des internationalen Marktes ausgeliefert. In Reaktion auf die fluktuierenden Weltpreismärkte könnten Entwicklungsländer nationale Nahrungsmittelreserven als Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger anlegen.

Jede nachhaltige Lösung, die auf Ernährungssicherheit abzielt, sollte sich in erster

Linie auf die Bevölkerungsgruppen ohne Zugang zu ausreichend Nahrung konzentrieren. Entsprechende Strategien sollten die Ernährung von Kindern in den ersten 1.000 Tagen ihres jungen Lebens sicherstellen, erst recht, da die Gefahr groß ist, dass Unterernährung bei ihnen bleibende Schäden verursacht. Ländliche Gemeinschaften sollten darüber hinaus von Sonderprogrammen profitieren. Die Stärkung der Rolle der Familien und insbesondere der Frauen, denen die Hauptverantwortung bei der Fürsorge ihrer Kinder und der Zubereitung von Säuglings- und Kleinkindnahrung zukommt, ist ebenso wichtig. Es ist erwiesen, dass Fortschritte bei der Stärkung der Rolle der Frau und bei der Geschlechtergleichheit mit einer Verbesserung der Ernährung einhergehen.

Es gibt viele Facetten und kausale Zusammenhänge. Deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, in die unterschiedlichen Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Gleichberechtigung beim Ressourcenzugang, Dienstleistungen und Sozialversicherungen in Verbindung mit Anti-Diskriminierungsmaßnahmen zu investieren.

Parallel dazu sollten die Endverbraucher für die unterschiedlichen Probleme sensibilisiert werden, damit sie beim Kauf von Nahrungsmitteln die richtige Wahl treffen. Durch die Wahl von Erzeugnissen der kleinbäuerlichen oder lokalen Landwirtschaft, die einer umweltfreundlichen Produktionsweise den Vorzug gibt und die mit weniger Boden, Wasser, Energie, Dünger und Chemikalien auskommt, könnten wir zu einer Zukunft beitragen, in der Bauern und ihre Familien nicht länger hungern und sich empören müssen.

Verweise und weiterer Lesestoff:

Kurzdarstellung des TST: 'Food Security and Nutrition'

<http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1804tstissuesfood.pdf>

Kurzdarstellung des TST: 'Sustainable Agriculture'

<http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1802tstissuesagriculture.pdf>

Food First Information and Action Network (FIAN) www.fian.org

16 Zitiert nach <http://www.fian.org/who-we-are/our-vision/>

17 Zitiert nach <http://www.fian.org/what-we-do/issues/land-grabbing/ch>

VII. Ausbeutung natürlicher Ressourcen: Bodenschätze wichtiger als Böden

Bis kurz vor dem Ende des Rio+20-Prozesses war die Rohstoffindustrie als Diskussionsthema nicht in dem Verhandlungspapier enthalten. Am Ende einigten sich die Regierungen auf der Rio+20-Konferenz, dem Abschlussdokument zwei Absätze zum Thema Bergbau hinzuzufügen. In den Einführungssätzen zum Thema Bergbau heißt es, dass "Mineralien und Metalle einen wichtigen Beitrag für die Weltwirtschaft und modernen Gesellschaften leisten" und der "Bergbausektor für alle mineralienreichen Länder insbesondere die Entwicklungsländer wichtig ist". Die beiden Absätze unterstreichen vorrangig das Potenzial des Sektors, Wohlstand zu generieren. Leider wurden die vielen Dimensionen der kritischen Debatten über den Bergbau – wie die Notwendigkeit einer guten Regierungsführung und wirksamer Regulierungen, Transparenz und Informationszugang, die systematischen negativen Folgeerscheinungen für Mensch und Natur, das Phänomen des 'Ressourcenfluchs', die Verstärkung der sozialen Ungleichheit und der dem Sektor innewohnende Mangel an Nachhaltigkeit – verharmlost oder vollständig ausgeblendet.

Nicht-Nachhaltigkeit des Rohstoffabbaus

Einer nützlichen und weithin anerkannten Definition zufolge lösen Rohstoffindustrieunternehmen "für industrielle Zwecke die natürlichen Ressourcen aus ihrem natürlichen Umfeld, ohne Vorkehrungen für deren Erneuerung innerhalb eines sozial, ökonomisch und ökologisch verträglichen Zeitrahmens zu sorgen".

Diese Definition bezieht sich auf die Ausbeutung nicht-erneuerbarer Bodenschätze wie Mineralien, Erdöl und Erdgas. Sie gilt auch für Industrien, die unter gleichen Bedingungen biologische Ressourcen und Wasser ausbeuten. Da sich Bodenschätze nicht regenerieren, muss der Rohstoffsektor im Interesse der nachhaltigen Entwicklung einer strikten Überprüfung unterzogen werden. Regierungen tragen die Verantwortung dafür, dass diese endlichen Wirtschaftsaktivitäten messbare Beiträge zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung leisten. Bergbauunternehmen sollten nur dann mit ihrer Arbeit fortfahren dürfen, wenn sichergestellt ist, dass sie nicht die Rechte gegenwärtiger oder künftiger Generationen unterminieren.

'Rohstoffabbauboom'

Offensichtlich befindet sich die Welt am Rande eines Rohstoffbooms. Für viele Länder und auch auf internationaler Ebene werden Abbau und Export der endlichen Bodenschätze als Möglichkeiten der Staaten angepriesen, ihr Bruttoinlandsprodukt zu steigern und die Einnahmen zu generieren, die zur Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen benötigt werden. Als Folge der globalen Finanzkrise haben diese Überlegungen sogar noch mehr Gewicht als in zurückliegenden Jahrzehnten. Die Rohstoffe der Länder werden in aller Regel den Regierungen zugeordnet, die sie gemäß den nationalen Prioritäten verwalten.

Um die mannigfaltigen Probleme verstehen zu können, die im Umfeld des Bergbausektors entstehen, müssen wir sie aus drei zusammenhängenden Blickwinkeln betrachten: denen der Menschenrechte, der Umwelt und der Entwicklung.

Wer zahlt den Preis? Die Folgen der Rohstoffindustrie für Mensch und Natur

Wir können die Einhaltung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen unter Hinzuziehung von zwei unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Herangehensweisen bewerten, die wir 'Auswirkung' und 'Verfahren' nennen.

Mit 'Auswirkung' meinen wir die Konsequenzen, die Volksgruppen durch die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer Menschenrechte in jeder einzelnen Etappe der Bergbauaktivitäten – Exploration, Abbau, Abfallentsorgung, Transport, Wiederherstellung des Standorts etc. – zu tragen haben. Die weitgehend dokumentierten Verstöße in dieser Kategorie beinhalten Verletzungen der Rechte auf das Leben und die körperliche Integrität, auf Gesundheit,

Wasser, Nahrung, Wohnen, Unterhalt, kulturelles Leben und auf den Schutz vor Diskriminierung. Staaten und Unternehmen sind rechtlich und ethisch dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass Bergbauaktivitäten nur dann durchgeführt werden, wenn sie nicht gegen die Rechte Einzelner oder ganzer Gemeinschaften verstoßen. Dort wo Gewalt auftritt, müssen Staaten und Unternehmen dafür sorgen, dass die Opfer entschädigt werden.

Die Verstöße erfolgen systematisch und im Zuge der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Es kommt vor, dass um Rohstoffe und Land bewaffnete Konflikte geführt werden. Bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten kann es zu Fällen von Zwangsarbeit, illegalen Aktivitäten und Sexhandel unter Beteiligung von Kindern kommen. Zu den besonders häufig genannten negativen Auswirkungen gehört auch, dass das soziale Gefüge der Gemeinschaften, in denen Mega-Bergbau-Projekte durchgeführt werden, zerstört wird.

Erstens muss es bei der Erörterung nachhaltiger Entwicklungsstrategien möglich sein, über Tabuzonen zu sprechen – Gebiete, in denen zwar wertvolle Ressourcen im Boden lagern, es aber keine ökologisch vertretbare Methode gibt, sie abzubauen. Zweitens sollte es Produktionsverfahren geben, durch die sich Umweltschäden klein halten lassen. Um die vollständige Wiederherstellung der Förderstätten zu gewährleisten, bedarf es einer starken politischen Führung und Regulierung, die die vollständige Einhaltung und Durchführung der Abhilfemaßnahmen in Fällen sicherstellen, in denen die Aktivität nicht wie erwartet durchgeführt wurde.

Unter 'Verfahren' ist der Blickwinkel auf die Menschenrechte im Zusammenhang mit der Möglichkeit von Menschen gemeint, sich gefahrlos und effektiv an allen Entscheidungen des Entwicklungs- und Rohstoffmanagements beteiligen zu können. Probleme, die wir in dieser Kategorie sehen, zeigen sich etwa in Gestalt eines mangelnden Zugangs zu Informationen oder fehlender Entscheidungsmöglichkeiten. Informationen könnten vertraulich behandelt werden, Entscheidungen mit administrativen Maßnahmen oder mit Hilfe von Schnellverfahren durchgedrückt werden, um jede öffentliche Debatte zu verhindern. Indigene Gemeinschaften mit kollektiver Identität besitzen souveräne Rechte über die Ressourcen, die unter ihrem Kollektivland schlummern. Außerdem bedarf es vor Beginn der Bergbauarbeiten ihrer "freien, vorherigen und informierten Zustimmung". Besorgte Bürger, Aktivisten und zivilgesellschaftliche Organisationen sind berechtigt, für die Menschenrechte einzutreten. Aktivisten und Gemeindeführer, die Menschenrechtsaktivitäten im Zusammenhang mit Bergbauaktivitäten durchführen, werden besonders häufig Zielscheiben von Gewalt und Einschüchterungsversuchen, weil sie an Orten aktiv sind, die sich geographisch weit weg von den Hauptstädten und somit auch jeder internationalen Aufsicht befinden.

Erfahrungen, die FI während ihrer Arbeit bei den Vereinten Nationen mit lokalen und nationalen Partnern in Nord- und Südamerika, Afrika und dem asiatisch-pazifischen Raum sammeln konnte, bestätigen die Notwendigkeit, Praktiken des Sektors im richtigen Leben zu untersuchen, um genau festzustellen, welche Art von Entwicklung für wen und für wie lange und zu welchen und wessen Kosten geschaffen wird.

Wir müssen uns, wenn wir die Rolle der Rohstoffförderung in Strategien der nachhaltigen Entwicklung bewerten wollen, die Frage stellen, ob sich ein wirtschaftlicher Nutzen einer bestimmten Strategie oder eines Projekts ohne bleibende und irreparable Umweltschäden für die lokale Umgebung und deren Umfeld erzielen lässt. Wasser zum Beispiel ist eine Ressource, deren Qualität und Quantität besonders stark unter den Aktivitäten der Rohstoffindustrie leidet. Viele Techniken zur Rohstoffförderung setzen die Frischwasserressourcen in der näheren und entfernteren Gegend einem erheblichen Stress aus: Flüsse können umgeleitet, Flüsse trockengelegt werden. Das Grundwasser könnte abgepumpt werden. Schädliche Substanzen, die im Verlauf der Aktivitäten zum Einsatz kommen oder im Abraum enthalten sind, können in die Wassersysteme eindringen. Gerade im Zusammenhang mit den Wassersystemen ist es wichtig, die etwaigen kurz- und langfristigen Auswirkungen genau zu untersuchen, um die ökologischen Machbarkeitsgrenzen zu ermitteln. Es empfiehlt sich nicht nur, die ökologischen Auswirkungen kleiner Einzelprojekte, sondern auch die kumulativen Folgen multipler Rohstoffaktivitäten in verschiedenen Bereichen wie dem Bergbau, der Landwirtschaft und der Energie zu untersuchen.

Neben der Frage der Kosten und wer für sie aufkommen muss, wäre es wichtig, sich ebenso kritisch mit dem vermeintlichen Nutzen der Projekte auseinanderzusetzen. Wem kommen sie eigentlich zugute? Unternehmen mögen zwar direkt in Infrastruktur-, Bildungs- und Gesundheitsvorhaben in den betroffenen Gemeinden investieren, um ihren Projekten einen sozialen Anstrich zu geben. Es bedarf aber unbedingt einer Untersuchung der Nachhaltigkeit solcher Entwicklungsprojekte.

Bei der Berechnung möglicher Steuereinnahmen für das Projektland sollten auch Faktoren wie das Ausmaß der Korruption, die Qualität der Regierungsführung, Bestimmungen zur Stärkung von Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie die relative Durchsetzungsfähigkeit eines Staates gegenüber multilateralen Konglomeraten berücksichtigt werden.

Verweise und weiterer Lesestoff

Bergbauarbeitsgruppe bei den UN: <http://miningwg.wordpress.com>

Bericht des Sonderberichterstatters über die Folgen eines ökologisch soliden Rohstoffmanagements und einer Beseitigung gefährlicher Substanzen und Müll für die Menschenrechte, Calin Georgescu, UN Doc. A/HRC/21/48 (7. September 2012)

VIII. Schlussfolgerung: Ökologische & soziale Gerechtigkeit

Inzwischen sollte eines klar geworden sein: Nachhaltige Entwicklung lässt sich nicht auf eine einzige allgemeingültige Definition festlegen. Der Begriff wird von der Präsidentin Brasiliens, vom Geschäftsführer von Monsanto und von einer indigenen Gemeinschaft verwendet, meint aber jedes Mal etwas völlig anderes. Über die Verwendung und den Missbrauch des Begriffs entscheiden die Agenda des Sprechers, seine Interessen und der Zusammenhang, in dem der Begriff erwähnt wird. Wir hoffen, dass Sie durch diese vorliegende Broschüre nun besser gewappnet sein werden, um das, was sich hinter der Fassade der Nachhaltigkeitsrhetorik verbirgt, zu verstehen.

Wir haben die drei wichtigsten Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung erwähnt: die wirtschaftliche, soziale und ökologische. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Dimensionen zwingend die Mitwirkung der Öffentlichkeit verlangen. Diese ist der einzige Weg, um die nachhaltige Entwicklung zu einer Priorität der politischen Entscheidungsträger zu machen.

Die Menschenrechte als Maßstab für nachhaltige Entwicklung anzulegen, bedeutet zum einen die Förderung der Rechenschaftspflicht aller Entwicklungsakteure, zum anderen eine Chance, dass sich die von Entwicklungsprojekten negativ betroffenen Menschen an die Justiz wenden können. Wir

sollten von existierenden nationalen Schutzmechanismen wie der Judikative, dem Parlament und den Menschenrechtsinstitutionen sowie von regionalen und internationalen Mechanismen profitieren. Deren Rolle muss gestärkt werden.

"Wir müssen die Interessen derer verteidigen, denen wir nie begegnet sind und denen wir nie begegnen werden."¹⁸ Mehr als alles andere auf der Welt ist nachhaltige Entwicklung ein wirklich globales Anliegen. Der Planet Erde ist unsere gemeinsame Umwelt; das nicht nachhaltige Konsumverhalten eines Landes kann sich verheerend auf die Nachbarländer auswirken. Um eine Zukunft sicherzustellen, in der **ökologische und soziale Gerechtigkeit** Realitäten sind, müssen wir alle an ihrer Entstehung mitwirken. Indem wir für einen anderen Entwicklungsansatz eintreten, tragen wir zur Gestaltung einer besseren Welt bei – nicht nur für uns und unsere Nachbarn, sondern für alle kommenden Generationen.

Über Franciscans International

Franciscans International (FI) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich für die Förderung, den Schutz und die Wahrnehmung der Menschen- und Umweltrechte einsetzt. FI kann auf ein riesiges Netzwerk aus Franziskanern zurückgreifen, die in rund 160 Ländern der Welt mit den

verletzlichsten Gesellschaftsgruppen zusammenarbeiten. Franziskaner machen FI auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam, die wiederum diese Probleme international kommunizieren. Anwaltschaft und Kapazitätenaufbau dienen als Instrumente, um Menschenrechtsverletzungen langfristig zu bekämpfen. FI besitzt den allgemeinen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen der ersten Kategorie und unterhält mit der globalen franziskanischen Familie ein gemeinsames Büro.

FI schwebt eine globale Gemeinschaft vor, in der die Würde jedes einzelnen Menschen respektiert und die Umwelt geschützt wird, in der die Ressourcen gerecht geteilt werden und die Menschen in Frieden leben könnten. FI ist die Stimme der Franziskaner bei den Vereinten Nationen, um die gefährdete, vergessene und angegriffene Erde zu schützen.

"Es muss eine neue Form der Solidarität gefunden werden."

Franciscans International vertritt die Meinung, dass nicht das Wirtschaftswachstum, sondern die menschlichen Aspekte der Entwicklung im Vordergrund stehen sollten. Wir sollten nachhaltige Entwicklung als Möglichkeit begreifen, Alternativen zu den derzeitigen Produktions- und Konsummustern anzubieten und voranzubringen. Diese Broschüre soll dazu beitragen, das, was hinter der Fassade der Nachhaltigkeitsrhetorik liegt, zu verstehen.

"Tu erst das Notwendige, dann das Mögliche, und plötzlich schaffst du das Unmögliche." – Franz von Assisi



missionszentrale
der franziskaner e.V.